

Geopolitische Konstellationen nach zwei Jahren Donald Trump

(Beitrag auf dem Alumni-Treffen von WeltTrends in Potsdam am 28. Juni 2019)

In ihrer Beschreibung der Weltlage auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2019 war für Kanzlerin Merkel der Aufstieg Chinas einer der Punkte, die sie unter den Bedrohungsszenarien aufzählte. China ist im Aufstieg begriffen. „Wenn ich nach China fahre, sagen mir die chinesischen Vertreter: Wir waren 1.700 Jahre von den 2.000 Jahren seit Christi Geburt die führende Wirtschaftsnation. Regt euch nicht auf; es passiert weiter gar nichts, als dass wir wieder dahin kommen, wo wir immer waren. Ihr habt das in den letzten 300 Jahren nur nicht erlebt. – Und wir sagen: In den letzten 300 Jahren waren wir aber die Führenden; erst die Europäer, dann die Vereinigten Staaten von Amerika und dann wir zusammen. Nun aber müssen wir mit der gegebenen Situation umgehen und müssen vernünftige Lösungen finden, damit daraus nicht ein uns gegenseitig schwächender Kampf wird“ (Merkel 2019: 6). Das heißt, Merkel will – im Unterschied zu gegenwärtigen Positionen in den USA – keine harte Auseinandersetzung mit China, die beide Seiten schwächen würde, wohl aber „Lösungen“, die die bisherige Stärke des Westens und Deutschlands bewahren.

Verlagerung der Gewichte nach Asien

Hier ist die geoökonomische und geopolitische Verlagerung der Gewichte nach Asien in den Blick zu nehmen. Es war Hillary Clinton, die im Oktober 2011 zuerst von einem „Pazifischen Jahrhundert“ sprach. Zu dieser Zeit war sie noch US-Außenministerin. Der Terminus sollte eine strategische Hinwendung der USA nach Asien und weg von Europa signalisieren. Gemeint war zunächst – von Kalifornien aus gesehen – die „Gegenküste“, wie es in der geopolitischen Sprechweise heißt. Es ist der Hintergrund, vor dem geopolitische Denker der USA ggf. eine militärische Auseinandersetzung der USA mit China im „Westpazifik“ lokalisieren, also vor der chinesischen Küste, nicht der der USA. Darüber hinaus wird die „pazifische“ Großregion, einschließlich des Raumes des Indischen Ozeans in den Blick genommen. Die Perspektive ist, auf das wachsende wirtschaftliche Gewicht der asiatisch-pazifischen Region mit einer stärkeren militärischen Präsenz zu reagieren.

Betrachtet man den Kurswechsel von Barack Obama zu Donald Trump, so lag bei Obama der Schwerpunkt militärisch auf der Aufrechterhaltung des Drucks auf Nordkorea und der Bündnisstrukturen, insbesondere mit Japan, Südkorea und Australien, sowie der Kooperation u.a. mit Indien und Vietnam, ferner geoökonomisch auf der Zusammenarbeit mit China bei gleichzeitiger Schaffung von Gegenstrukturen in Gestalt des Abkommens zur „Transpazifischen Partnerschaft“ (TPP). Unter Trump werden alle militärischen Bündnis- und Kooperationsstrukturen aufrechterhalten, zugleich aber Spitzengespräche mit Nordkorea geführt; TPP ist aufgekündigt und gegen China wurde ein Handelskrieg angezettelt, bei dem nicht ausgemacht ist, ob es am Ende einen Sieger geben kann. Auch mit Trump befinden sich die USA im „pazifischen Jahrhundert“.

In imperialer Überdehnung

Die USA sind nicht mehr die „unilaterale Supermacht“, wie viele nach dem Kalten Krieg in den 1990er Jahren meinten. Die Frage aber, ob nun China als Super-Supermacht an diese Stelle tritt, wie sie viele Analytiker und Medienexperten im Westen immer wieder suggestiv stellen, ist falsch gestellt. An die Stelle der Bipolarität des Kalten Krieges, wie sie bis 1989/91 bestand, trat nach einer kurzen Phase mehr gefühlter als tatsächlicher Unipolarität der USA, die spätestens mit dem Fiasko im Irak-Krieg und im Afghanistan-Krieg beendet war, ein weltweites „Konzert der Mächte“. Hier ringen mehrere mächtige Zentren um Macht und Einfluss bzw. global um eine Neuverteilung der Macht. Das war für Europa vom Wiener Kongress (1815) bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914) charakteristisch. Während dieser Zeit wurden jedoch sowohl innerhalb Europas als auch um die Eroberung der außereuropäischen Kolonien etliche blutige Kriege geführt.

Hier sei an den britischen Historiker Timothy Garton Ash erinnert, der die heutige Situation mit der zu Beginn des 20. Jahrhunderts verglich. Damals handelte es sich um ein durch Großbritannien geprägtes internationales System, zu dem auch Frankreich, Russland und Österreich-Ungarn gehörten und das von den Hauptkonkurrenten USA und Deutschland in Frage gestellt wurde. Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts waren Folge dessen, und die USA gingen am Ende als Sieger hervor. Heute sind es vor allem China und Indien, die das von den USA dominierte System in Frage stellen. Die daraus resultierende Staatenkonkurrenz und Rivalität weist – so Garton Ash – Ähnlichkeiten mit der vor einhundert Jahren auf (Ash 2005).

Die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Kräfte der USA gingen mit der Präsidentenwahl 2016 seit langer Zeit erstmals wieder um strategische Fragen der auswärtigen Politik. Die Grundlinie der USA-Außenpolitik von George Washington bis zum Ersten Weltkrieg wurde „Isolationismus“ genannt. Das hieß: Konzentration auf eigene Interessen und das Bemühen, sich nicht in fremde Konflikte hineinziehen zu lassen. Der Demokrat Woodrow Wilson führte das Land dann in den Ersten Weltkrieg; die Gründung des Völkerbundes ging maßgeblich auf seinen Einfluss zurück. Der US-Senat lehnte die Ratifizierung des Vertrages jedoch ab. Die isolationistische Linie hatte sich nochmals durchgesetzt. Nachdem Franklin D. Roosevelt die USA in den Zweiten Weltkrieg geführt hatte und unter seinem maßgeblichen Einfluss die UNO gegründet wurde, begann die lange Phase der „internationalistischen“ Politik der USA, gekennzeichnet durch Globalstrategie und militärische Interventionen.

Es waren überwiegend Demokraten, die die USA in Kriege führten: Wilson in den Ersten Weltkrieg, Roosevelt in den Zweiten Weltkrieg, Truman in den Korea-Krieg, Kennedy in den Vietnam-Krieg. Und es waren „reaktionäre“ Republikaner, die Kriege beendeten: Eisenhower den Korea-Krieg, Nixon den Vietnam-Krieg. Insofern war Bush jun. unter dem Einfluss neokonservativer Einflüsterer und der Öl-Lobby mit den Kriegen gegen Afghanistan und Irak die Ausnahme, während Obama mit den Kriegen in Libyen und Syrien wieder dem Muster entsprach. Mit Trump wurde das Erbe des Isolationismus in den USA unter den veränderten Bedingungen der „imperialen Überdehnung“ (Paul Kennedy) wieder aufgerufen.

Henry Kissinger, einer der Vordenker US-amerikanischer Machtpolitik, hatte bereits 1992, unmittelbar nach Ende des Ost-West-Konflikts betont, dass es eine unilaterale Welt nicht geben kann. Die USA sind nach dem Kalten Krieg erstmals in der Situation, eine Außenpolitik machen zu müssen, „wie sie die europäischen Nationen schon jahrhundertlang führen mussten“, nämlich eine interessengeleitete „Realpolitik“ unter der Voraussetzung einer „Balance of Power“ – also nicht eine neue Imperialpolitik. Voller Ironie machte er geltend, die USA hätten bis zum Ersten Weltkrieg überhaupt keine Außenpolitik gehabt, und seither eine moralisierende. Bereits der Eintritt in den Ersten Weltkrieg wurde nicht mit Sicherheitsargumenten begründet, sondern mit einer „moralischen Unzulänglichkeit der deutschen Führung“. Auch die „Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“ sei unter einer derartigen moralischen Attitüde erfolgt (Kissinger 1992: 671f.).

Alle amerikanischen Kriege des 20. Jahrhunderts wurde als „gerechte“ geführt, der „guten“ USA gegen die jeweilige „Welt des Bösen“. Es ist dies der Kontext, in dem abwechselnd Saddam Hussein, Milosevic, Bin Laden, Gaddafi und Assad zum Wiedergänger von Adolf Hitler stilisiert wurden. Die Politik und Kriegsführung sowie die darum gerankte Rhetorik von Bill Clinton, Bush jun. und Obama standen in dieser Kontinuität. Die von Kissinger gemeinte Umorientierung der US-amerikanischen Außenpolitik hatte bis 2016 nicht stattgefunden, statt dessen wurde in unterschiedlichen Variationen, mit mehr Bodentruppen unter Bush jun. und weniger Bodentruppen, aber mehr Kampfdrohnen unter Obama die Linie einer offensiv ausgerichteten imperialen Politik fortgesetzt, die vor allem auf Krieg setzt. Seit Obama auch ganz offen vor der Haustür Russlands, gepaart mit der grandiosen Fehleinschätzung, Russland sei nur noch „Regionalmacht“. Dieser Imperialismus der USA mit aufwendigen Interventionen, teurer NATO und immer neuen Feinden hat aber weder Demokratie und Menschenrechte in den intervenierten Ländern, sondern nur Tod, Not und Chaos gebracht, noch für die USA zusätzliche Profitmöglichkeiten.

Außenpolitische Positionen unter Trump

Mit Trump hatte die Kissinger-Idee einer „realistischen Außenpolitik“ mit einem Vierteljahrhundert Verspätung Eingang in die außenpolitische Debatte gefunden. In der aktuellen Politikwissenschaft gilt der „Realismus“ allerdings als überholt, fragt er doch nach Machtinteressen und Machtpositionen. Damit ist er aber auch kompromissfähig. Eine „realistische Außenpolitik“ kann sich auf Eisenhower, Nixon und Reagan berufen und steht in einer alten konservativen Tradition der USA. In diesem Sinne ist Trumps „America First“ etwas Neues, das an frühere Traditionen US-amerikanischer Außenpolitik anknüpft.

Am 27. April 2016 hielt Donald Trump in Washington seine außenpolitische Grundsatzrede als Bewerber um das Präsidentenamt. Es gehe um Frieden und Wohlstand und deshalb um „eine neue außenpolitische Richtung“, in der „Ziellosigkeit durch Zweckgerichtetheit, Ideologie durch Strategie und Chaos durch Frieden“ ersetzt werden sollen. Die USA hätten es nach dem Kalten Krieg nicht verstanden, „eine neue Vision für eine neue Zeit“ zu entwickeln. An die Stelle logischen Handelns traten „Torheit und Arroganz“, die die Außenpolitik „von einer Katastrophe zur nächsten“ führte. Das „alles begann mit der gefährlichen Idee, wir könnten aus Ländern

westliche Demokratien machen, die weder Erfahrungen damit hatten noch daran interessiert waren, westliche Demokratien zu werden“.

Die „westlichen Werte“ sollten in der Welt nicht durch militärische Interventionen, sondern durch die Attraktivität der Länder des Westens verbreitet werden, die auf wirtschaftlicher Leistung beruht. Hier sieht Trump den Nationalstaat als Grundelement der Entwicklung. Das Volk der USA werde „den falschen Gesängen des Globalismus“ nicht länger folgen.

Donald Trump war zur Präsidentenwahl mit drei zentralen Punkten angetreten: (1) in Sachen Rüstungswettlauf „an der Spitze des Rudels“ zu bleiben – hier sind Russland und China die Gegner in der strategischen Dreier-Runde des *nuklearen Patts*; (2) die USA aus dem Regime-Change-Geschäft herauszuziehen, weil es viel Geld gekostet, aber nichts gebracht hat; (3) die USA im Bereich der Realwirtschaft wieder nach vorn zu bringen und jene Länder zu bekämpfen, die hohe Überschüsse im Handel mit den USA erwirtschaften. Das sind Deutschland und China. Trumps Kundmachung im Sommer 2018, die USA hätten drei Feinde, war im Sinne seines „America First“-Verständnisses folgerichtig: China, Russland und Deutschland.

Zwei Jahre realisierte Trump-Politik

Die Regierung Trump sei „zwar abstoßend vulgär, xenophob, nationalistisch und rückwärtsgewandt – da sie sich aber kaum einmal durchsetzen konnte, blieb sie dabei jedoch relativ harmlos“, meinte ein Spiegel-Autor im August 2017 (www.spiegel.de, 01.08.2017). Trump kriege „nichts gebacken“. Nun war bereits damals fraglich, ob diese Administration „bisher nichts erreicht“ hatte. Präsident Trump regierte zunächst mit Dekreten. Das zum Verbot der Einreise aus muslimischen Ländern war Protestobjekt vieler Anti-Trump-Demonstrationen. Derweil hatte er Umweltstandards gelockert, um den Kohlebergbau wieder zu fördern, zwei Pipelines genehmigt, die Präsident Barack Obama aus Umweltschutzgründen untersagt hatte, das Projekt Mauer gegen Mexiko weiter vorangebracht, Begrenzungen für die Banken gelockert, Neueinstellungen und Budgets des Öffentlichen Dienstes eingefroren, Obama-Care reduziert, Abtreibungsfinanzierung im Ausland untersagt und die Rüstungsausgaben erhöht. Außerdem hat er die Ernennung von zwei konservativen Richtern zu Mitgliedern des Obersten Gerichts der USA durchgesetzt und damit dort die konservative Mehrheit auf Jahre gesichert.

Politischen Gegnern unberechenbar zu erscheinen, um sie einzuschüchtern – das gilt als die außenpolitische „Strategie des Verrückten“. Angesichts der von US-Präsident George W. Bush betriebenen Kriegspolitik hatte darauf im Jahre 2002 der französische Historiker und Demograph Emmanuel Todd hingewiesen. Das sei eine klassische strategische Denkfigur, aber „ungeeignet für ein Land von der Größe eines Kontinents“, die USA, meinte er (Todd 2003: 14). Donald Trump aber setzt gerade darauf als Mittel der Politik.

So schlug der Politikwissenschaftler Devin T. Stewart vom *Carnegie Council* – ein bekennender Anhänger der Demokratischen Partei – vor, Trump einer realistischen Beurteilung zu unterziehen (Stewart 2018). Seine Präsidentschaft markiere praktisch „eine Rückkehr zur Realpolitik und zur Großmachtspolitik“. In den 1990er Jahren sprach

US-Präsident Bill Clinton über eine „Brücke ins 21. Jahrhundert“, auf der die USA auch weiterhin die „Weltführerschaft für Frieden und Freiheit“ ausüben würden. Das galt als „Heilsbotschaft des liberalen Internationalismus“: die USA fördern Globalisierung, technologische Entwicklung und freien Handel, und zwar nicht nur für sich, sondern weltweit. Das „zog die Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation ebenso nach sich wie Invasion und Kriege im Irak und in Afghanistan unter Bush und die Finanzkrise 2008.“ Angesichts von Trumps Erfolgen sei dies jedoch in Frage zu stellen. „Die Trump-Doktrin stellt frühere politische Annahmen auf den Kopf. Trumps 'America First' ist eine Umkehrung der Realpolitik und des Wettbewerbs zwischen Großmächten. Es passt besser in eine Zeit, in der die USA ihre Dominanz eingebüßt haben.“ Trump selbst beschrieb seine Sicht vor der UNO-Vollversammlung am 25. September 2018 so: „Die amerikanische Politik des von Prinzipien geleiteten Realismus bedeutet, dass wir uns nicht zur Geisel alter Dogmen, diskreditierter Ideologien und sogenannter Experten machen lassen, deren Thesen im Laufe der Jahre ein ums andere Mal widerlegt wurden. Das gilt nicht nur für Friedensangelegenheiten, sondern auch für Wohlstandsfragen.“

Das ist die strategische Perspektive. Für die taktische gelte laut Stewart: „Trumps Diplomatie lässt sich auf vier Eckpunkte reduzieren: beleidigen, feilschen, Lasten verteilen und prahlen. Einen Dialog beginnt er, indem er das Gegenüber beleidigt, meist per Twitter. Dann ergreift er die Gelegenheit, sich mit ihm zusammenzusetzen, zu feilschen und eine aus seiner Sicht faire Lastenverteilung zu erreichen. Am Ende prahlt er mit den Ergebnissen. Trump behandelt sämtliche Beziehungen als Geschäftsbeziehungen und verfolgt die Taktik 'Auge um Auge, Zahn um Zahn', um sein Ziel der 'Gegenseitigkeit' zu erreichen.“ Seine Methode ist „eine Umkehrung des früheren Führungsstils und stellt überlieferte Ansätze auf den Kopf. An die Stelle von Technokratie, Meritokratie und Bürokratie treten persönliche Beziehung, Vertrauen und Loyalität auf höchster Ebene. An die Stelle der Freihandelsideologie tritt das Verständnis von Handel als einem Mittel zur Bereicherung. Statt Institutionen aufzubauen, wird die Nützlichkeit jeder einzelnen Institution infrage gestellt. Statt moralgestützte Diplomatie zu betreiben, wird mit jedem geredet, der bereit ist zu feilschen. Statt sorgfältig formulierte Reden zu halten, wird alles gesagt, was zum Ziel führen könnte. Heilige Kühe werden nicht mehr verschont, sondern geschlachtet, oder zumindest steht die Drohung im Raum. Statt offene Märkte zu propagieren, werden US-Märkte, Militär und Migration als Faustpfand eingesetzt. Jede Beziehung wird darauf überprüft, wie viel Druck man auf sie ausüben kann.“

So kann Trumps Außenpolitik erhellend erklärt werden. Trifft diese Sicht zu, dürfte in Sachen neues Wettrüsten, Handelskrieg gegen China, Zölle gegen deutsche Exporte und gegen Mexiko und anderes das letzte Wort nicht gesprochen sein. Wir sind in der Phase der Beleidigung, teils des Feilschens. Es scheint aber Ausnahmen zu geben: Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu darf sich uneingeschränkter Unterstützung erfreuen. Saudi-Arabien kann machen, was es will, innenpolitisch, im Krieg gegen Jemen und bei der Verschärfung der Lage in der Golfregion.

Gegenüber dem Iran dagegen herrscht eine schier irrationale Feindseligkeit, die von der Besetzung der USA-Botschaft in Teheran 1979 bis in die Gegenwart reicht. „Zwischen den USA und dem Iran steht noch immer 'das Reich des Bösen', zu dem sich beide Staaten gegenseitig seit der iranischen Revolution 1979 erklärt haben,“

hatte der frühere Außenminister Gabriel dazu angemerkt (Gabriel 2018: 55).

Einerseits nimmt die Rhetorik gegen Iran derzeit zu, Trump droht, wie früher gegen Nordkorea. Andererseits gilt: Donald Trump ist der einzige Präsident der USA, der (zumindest bisher) keinen großen Krieg angefangen hat. Das stellte der frühere britische Botschafter Craig Murray am 24. Juni 2019 in seinem Blog fest. Er unterschätze nicht den Schaden, den Trump durch „seine Vorliebe für Handelskriege, seine blind pro-israelische Politik und die Fortsetzung der anti-schiitischen Allianz mit Saudi-Arabien“ angerichtet hat. Aber dass er den Angriff auf den Iran nach dem Drohnenabschuss abgeblasen hat, spricht dafür, dass er seinen im Wahlkampf gemachten Positionen treu bleibt. Murray betonte: „Ich bin absolut überzeugt, dass, wäre Hillary Clinton Präsidentin, der Mittlere Osten jetzt durch den größten Krieg unserer Zeit zerstört wäre und Amerika sowohl in Syrien als auch in den Iran einmarschiert wäre. Hillary war dafür, den Irak und Afghanistan zu zerstören, und sie war persönlich daran beteiligt, den entwickelten libyschen Staat unter den fadenscheinigsten aller Vorwände auszulöschen. Das Leid, das sie Millionen von Menschen gebracht hätte, die jetzt tot, verstümmelt oder verwaist wären, wiegt [...] schwerer, als all der Schaden, den Trump angerichtet hat.“ (www.craigmurray.org.uk)

Am 26. Juni fand die erste öffentliche Debatte von zehn der wohl 25 Politikerinnen und Politiker statt, die sich in den USA um die Nominierung als PräsidentschaftskandidatIn der Demokratischen Partei bewerben. Die Kongressabgeordnete aus Hawaii, Tulsi Gabbard, kritisierte scharf den „außenpolitischen Interventionismus des Washingtoner Establishments“ (NZZ, 27.06.2019). Während die KandidatInnen ansonsten in vielem inhaltlich übereinstimmten, lieferte sich Gabbard an diesem Punkt scharfe Auseinandersetzungen mit Mitbewerbern – sie gilt als eher linke Demokratin, war allerdings als Soldatin in Kampfeinsätzen, und weiß, wovon sie redet, wenn sie gegen weitere Kriege ist. Mit anderen Worten: so sehr aus innenpolitischen, migrationspolitischen und anderen Gründen eine Abwahl Trumps 2020 wünschenswert erscheinen mag, aus Kriegsverhinderungs-Gründen stellt sich das anders dar. Der Geist des imperialen Interventionismus der Globalisten weht weiter durch Washington – und von da aus auch durch Amtsstuben in Brüssel und Berlin. Joe Bidens Satz in München 2019: „Wir kommen wieder!“ ist weniger als Hoffnungssatz, eher als Drohung zu verstehen.

Deutsche Friktionen

„Friktion“ hat Clausewitz genannt, was „den wirklichen Krieg von dem auf dem Papier unterscheidet“. Dieses Friktionsproblem erscheint auch in der Politik; derzeit prägt es die deutsche Außenpolitik. Als am Vorabend der ersten Brexit-Abstimmung (im Januar 2019) im Deutschen Fernsehen über voraussichtliche Folgen der Entscheidung des britischen Unterhauses diskutiert wurde, merkte der konservative britische Politik-Professor Anthony Glee an, nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union werde auf Deutschland eine Führungsrolle in Europa zukommen. Das bedeute aber nicht die Fähigkeit, den Kontinent tatsächlich führen zu können. Die Briten hätten keine Angst vor dem EU-Austritt; sie glaubten, dass sie nach Dünkirchen 1940 allein gegen Hitler weitergekämpft und es geschafft hatten, und es heute ebenfalls wieder schaffen werden. Der deutschen Kanzlerin fiel nach dem Beschluss

des Unterhauses aber nichts weiter ein, als auf dem EU-Beschluss über die Austrittsbedingungen zu bestehen. Als könne eine deutsche Führung in Europa Großbritannien künftig ignorieren.

Derweil hatte US-Botschafter Richard Grenell verschiedene deutsche und europäische Firmen, die an der Realisierung des „Nord Stream 2“-Pipeline-Projekts beteiligt sind, „gewarnt“. Firmen, „die sich im russischen Energieexportsektor engagieren“, würden sich an etwas beteiligen, „das ein erhebliches Sanktionsrisiko nach sich ziehen könne.“ Das war eine offene Drohung. Selbst Heiko Maas, der deutsche Außenminister, versuchte sich zu ermannen, und erklärte: „Fragen der europäischen Energiepolitik müssen in Europa entschieden werden.“

Die USA heucheln Sorge um die Energieunabhängigkeit der EU. Tatsächlich geht es um den Absatz US-amerikanischen Flüssiggases, das sie mit rabiaten und umweltfeindlichen Fördermethoden produzieren und nun in Mengen in den Weltmarkt drücken wollen. Bis 2025 wollen die USA mindestens fünfzig Prozent des europäischen Gasmarktes beherrschen. Das erreichen sie aber nicht, ohne Russland von einem erheblichen Teil dieses Marktes zu vertreiben.

Auf dem „Petersburger Dialog“ im Oktober 2018 hatte Wiktor A. Subkow, Vorsitzender der russischen Seite des Dialogs und Aufsichtsratsvorsitzender von Gazprom, betont, den USA dienten die Sanktionen und die militärischen Eskalationen der NATO an den russischen Grenzen nur dazu, Deutschland und die EU fester an die USA zu binden und amerikanisches Flüssiggas zu verkaufen. Das jedoch sei dreißig Prozent teurer als russisches Erdgas. Außerdem würde dies durch die Pipelines regelmäßig nach Westeuropa kommen, während man nicht sicher sein könne, ob die USA auch dann zuverlässig Europa beliefern, wenn in Japan oder China die Preise steigen. Deutschland solle souverän entscheiden und seinen tatsächlichen Interessen folgen. Der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Wolfgang Büchele, betonte, es gehe „um unsere Selbstachtung und Souveränität“. Aufmerksamen Beobachtern ist klar, dass es bei den Torpedierungsversuchen gegen „Nord Stream 2“ nicht um eine Marotte von Donald Trump geht, sondern um eine parteiübergreifende Position Washingtons.

Auf der anderen Seite kritisierte Heiko Maas kurz vor Weihnachten 2018 scharf Trumps Entscheidung, die US-Truppen aus Syrien abzuziehen: „Es besteht die Gefahr, dass diese Entscheidung dem Kampf gegen den IS schadet und die erreichten Erfolge gefährdet“. Hier war klar, die deutsche Regierung sieht in den US-Truppen in Syrien ein Mittel, russischen Einfluss zu begrenzen und der Stabilisierung der Assad-Regierung zu schaden. Anders gesagt: die vor sieben Jahren klar ausgesprochene Absicht deutscher Außenpolitik, einen Regime-Change in Syrien durchzusetzen, wurde nie aufgegeben, nur nicht mehr offen ausgesprochen. Und die US-Streitkräfte sollten dies erwirken, aber deutsche Truppen nicht eingesetzt werden. „Auf fremdem Arsch ist gut durchs Feuer reiten“, sagte schon Martin Luther. Nach einem trilateralen Treffen der USA, Russlands und Israels, auf dem über eine Zukunft Syriens ohne Regime-Change gesprochen wurde, erklärte US-Sicherheitsberater John Bolton am 25. Juni 2019, dass ein solcher auch im Iran nicht Ziel der Politik der USA sei.

Will man die derzeitigen deutschen Friktionen dechiffrieren, so zeigt sich: eine weitere absichtsvolle Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen bräuchte eine

engere Zusammenarbeit mit den USA. Ein Ausbalancieren der seit der Wahl Trumps verschlechterten Beziehungen zu den USA bräuchte gute Beziehungen zu Russland. Eine deutsche „Wertepolitik“ etwa zum Sturz Assads bräuchte gute Beziehungen zu den USA und zu Russland. Beiden selbstbewusster gegenüberzutreten, hätte eine stärkere und geschlossener agierende EU zur Voraussetzung. Die ist nach Flüchtlingskrise, Kontroversen mit Ungarn und Polen einerseits sowie den Südländern in Sachen Finanzen und Euro andererseits nicht zu sehen. Der Streit mit Großbritannien um den Brexit verstärkt die EU-europäische Politikunfähigkeit weiter. Die sogenannte politische Klasse in Deutschland ist außenpolitisch überfordert.

Literatur:

Gabriel, Sigmar (2018): Zeitenwende in der Weltpolitik. Mehr Verantwortung in ungewissen Zeiten, Freiburg/ Basel/ Wien.

Kissinger, Henry A. (1992): Die künftigen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, in: Europa-Archiv, Bonn, Folge 23.

Merkel, Angela (2019): Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur 55. Münchner Sicherheitskonferenz am 16. Februar 2019 in München. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin. <https://www.bundestkanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundestkanzlerin-merkel-zur-55-muenchner-sicherheitskonferenz-am-16-februar-2019-in-muenchen-1580936>.

Stewart, Devin T. (2018): Die Wahnsinnsmethode. Warum Trumps Außenpolitik erfolgreicher ist, als wir uns das eingestehen wollen, in: IPG – Internationale Politik und Gesellschaft, 16.11.2018. <https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/detail/die-wahnsinnsmethode-3087/>.

Todd, Emmanuel (2003): Weltmacht USA. Ein Nachruf, München/ Zürich.